

Kann der christlich-islamische Dialog die Politik ergänzen?

Dr. Elisabeth Karamat, Diplomatin, veröffentlichte im September 2007 ihre überarbeitete Dissertation: *Christlich-islamischer Dialog: Initiative Österreichischer Außenpolitik*<sup>1</sup> Es ist eine Darstellung, wie Religion oder der interreligiöse Dialog in die Außenpolitik eingebaut werden kann.

Religion und Politik wurden lange Zeit in Europa als strikt geschiedene, eigenständige Felder wahrgenommen. Umfassende Modernisierungsprozesse und die damit einhergehende Rationalisierung aller Lebensbereiche haben, zu einem unaufhaltsamen Rückgang der gesellschaftlichen Bedeutung von Religion geführt. Religion galt als Privatsache. Diese privatisierte, gleichsam unsichtbar gewordene Religion ist allerdings in den letzten Jahren vehement in den politischen Raum zurückgekehrt.

War die Säkularisierungsthese demnach also lediglich Bestandteil des westlichen Modernisierungsmythos, der die Rolle der Religionen bei der Globalisierung der Gegenwart nicht wahrhaben wollte? Muss die Politik also doch wieder die Religionen aus dem privaten Bereich herausholen und sie in die nationale und internationale Politik einzubauen?

Karamat beantwortet diese Frage positiv. Seit 1993 hat Österreich die Religionen in die Politik eingebaut, indem sie den interreligiösen Dialog als Bestandteil der Aussenpolitik sieht. In ihrer Arbeit beschreibt sie zuerst die Grenzen des christlich-islamischen Dialog, indem sie auf aktuelle Vorgaben eingeht wie z.B. Identität/Abgrenzung, „Kampf der Zivilisationen“, politische Instrumentalisierung von Religion sowie Dialog und Terrorismusbekämpfung. Sie zeigt dann auf, dass der Beginn des christlich-islamischen Dialogs in der Neuzeit beim Zweiten Vatikanischen Konzils (1963-1965) zu finden ist. Sie beschreibt muslimische Positionen zum Dialog sowie die iranische Initiative zum Dialog der Zivilisationen.

Im Hauptteil beschreibt sie die Besonderheit der Geschichte Österreichs mit dem Islam seit der Zeit des Habsburger Kaiserreiches. 1993 baut dann Österreich den interreligiösen Dialog mit der ersten Christlich-Islamischen Konferenz über „Friede für Menschheit“ in die Politik ein. Eine 2. Konferenz über „Eine Welt für Alle“ folgt 1997. Es folgt dann der Iranisch-Österreichische Dialog von St. Gabriel in den Jahren 1996, 1998 und 2003. Ihre Arbeit gibt ferner einem Überblick über den interreligiösen Dialog der Europäischen Union, wobei der Euromediterrane Dialog einfließt. Die Arbeit schließt mit einer Reflexion, ob der Dialog eine Alternative zu religiösen Konflikten sein kann. Sie stützt ihre Überlegungen auf Vorarbeiten der Kirchen und übernimmt ihre Argumente.

Die Arbeit zeigt auf, wie der christlich-islamischen Dialog heute der Politik zuarbeiten kann. Sie hat dies am Beispiel Österreich beschrieben. Die Erfahrungen können aber nicht übertragen werden. Da sind einmal die besonderen geschichtlichen Erfahrungen Österreich auf dem Balkan. Sie führten dazu, dass die Republik sich leichter tat bei der Integration der muslimischen Migranten in die österreichische Gesellschaft seit etwa vierzig Jahren. Die Republik konnte auf das Islamgesetz von 1912 zurückgreifen und die „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ)“ als Körperschaft des Öffentlichen Rechts anerkennen.

---

<sup>1</sup> Karamat, Elisabeth: *christlich-Islamischer Dialog. Initiative Österreichischer Außenpolitik*. Hamburg\_ EBVerlag, 2007, Schriftenreihe Nr. 2 der Georges-Anawati-Stiftung

Die Besonderheit der Initiative der Österreichischen Außenpolitik liegt aber darin, dass sie die Kirchen über die Theologische Hochschule St. Gabriel mit in den Dialog einbezogen hat. Die Theologische Hochschule war dafür gut vorbereitet, denn sie organisierte seit Beginn der 90ziger Jahre Seminare zu den Weltreligionen und zum interreligiösen Dialog. St. Gabriel wurde also in den Vorbereitungen zum bilateralen Dialog mit den Iran miteinbezogen. Der Gesprächspartner Irans war die „Organisation für Kultur und islamische Kommunikation“, die 1992 gegründet wurde, um die Kulturpolitik im Ausland aufzubauen.

Der Vorteil der Initiative der Österreichischen Außenpolitik liegt darin, dass Religionsvertreter miteinbezogen wurden. Dadurch wurde verhindert, dass sich der interreligiöse und interkulturelle Dialog vermischen. Religionen und Kulturen beeinflussen sich, sind aber nicht deckungsgleich und müssen sich nicht einmal überschneiden. Doch die Gefahr besteht, dass sie in der politischen Debatte vermischt werden. Die differenzierte Unterscheidung zwischen interreligiösen und interkulturellem muss gerade im christlich-islamischen Dialog beachtet werden. Das gilt umso mehr, wenn der Dialog von Europäern und Muslimen geführt wird. Der Muslim, egal ob in Europa lebend oder aus dem Iran, kann nicht immer zwischen Kultur und Religion klar unterscheiden.

Die Arbeit von Karamat ist eine Überarbeitung ihre Dissertation von 2005: Die Lektüre ist eine Bereicherung für jeden, der mit dem Thema Dialog der Kultur zutun hat.  
Hans Vöcking